

Auszug aus Albrecht Müller, „Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen“ (2009), Seiten 89 - 99

Kapitel 6

Meinungsmache bestimmt das Bild der Geschichte

„Das wird die Geschichtsschreibung erweisen“, sagen wir gelegentlich, wenn wir uns untereinander nicht einig werden, wie ein gesellschaftlicher, ein kultureller oder ein politischer Vorgang einzuordnen sind. In dieser Feststellung schwingt das Vertrauen mit, dass Geschichtsschreibung die Geschehnisse trotz allem Zwang zur Auswahl und zur Bewertung objektiv abbildet. Sobald man jedoch Selbsterfahrenes als Folie auf die niedergeschriebenen historischen Abhandlungen legt, kommt man zu ziemlich anderen Schlüssen. Über beachtlich weite Strecken ist die Geschichtsschreibung offenbar davon bestimmt, was zur Zeit des Geschehens öffentliche und veröffentlichte Meinung war:

1. Es wird schon seit 1990 fortwährend gesagt, Helmut Kohl sei der Kanzler der deutschen Einheit, der Einheitskanzler – und am Ende wird in den Geschichtsbüchern vor allem hängenbleiben, dass wir die deutsche Vereinigung fast ausschließlich ihm verdanken, vielleicht noch George Bush senior und Michail Gorbatschow. Helmut Kohl war in der Zeit der deutschen Vereinigung Bundeskanzler. Er hat in dieser Phase vieles für die Einheit Wichtige klug und beherzt angepackt. Aber dass die von Willy Brandt und seinen Freunden eingeleitete und dann von Brandt als Außenminister und Bundeskanzler betriebene und bei heftigem Widerstand eines großen Teils von CDU und CSU durchgesetzte Entspannungspolitik überhaupt erst die Grundlagen dafür schuf, wird mehr und mehr beiseite geschoben. Auch Geschichtsschreibung wird gemacht, und wer mehr publizistische Macht hat und über die größere Meinungsmacht verfügt, macht eben mehr Geschichtsschreibung.

2. Es wird schon seit den siebziger Jahren notiert, Bundeskanzler Brandt sei ein „Außenkanzler“ gewesen, von Wirtschaftspolitik habe er nicht viel verstanden, und er habe sich auch sonst um Fragen der Innenpolitik kaum gekümmert – und siehe da: Heute hat sich dieses Urteil festgesetzt, unabhängig von den gegensätzlichen Fakten einer gerade wirtschafts- und gesellschaftspolitisch erfolgreichen Kanzlerschaft.

Aus Werken von Geschichtsschreibern:

„Vor allem rückt die Krise [die erste Ölkrise von 1973] die zweifelhafte Kompetenz Willy Brandts auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik in ein grelles Licht.“

*Gregor Schöllgen*¹

„Wenn der Regierungschef in nicht einmal drei Jahren zwei Finanzminister verschleißt, ist das nicht gerade ein Vertrauensbeweis für eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik, es belegt eher eine immanente Schwäche seiner innenpolitischen Führungsfähigkeit.“

*Peter Merseburger*²

„Nach dem Ende der ostpolitischen Sturm- und Drangphase war es sehr viel weniger möglich, Schwächen in der inneren Politik durch außenpolitische Erfolge zu kompensieren.“

*Wolther von Kieseritzky*³

¹ Gregor Schöllgen: *Willy Brandt. Die Biographie*. Berlin/München 2001, S. 198

² Peter Merseburger: *Willy Brandt 1913 bis 1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002, S. 648

³ Wolther von Kieseritzky in: *Willy Brandt. Berliner Ausgabe Band 7: Mehr Demokratie wagen: Innen- und Gesellschaftspolitik 1966 – 1974*, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Hg.), Bonn 2001, S. 66

Anders als der Biograph Schöllgen insinuiert, hat die Regierung Brandt schnell und recht wirkungsvoll auf die erste Ölpreisexplosion reagiert, zum Beispiel mit einem Energiesicherungsgesetz und einem Energiesparprogramm. Während Brandts Kanzlerschaft wurde mit der Umweltschutzpolitik begonnen. Es gab ein Städtebauförderungsgesetz und eine Reihe von sozialen Reformen und Rechtsreformen. Die Arbeitnehmereinkommen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stiegen in der Zeit seiner Regierung so stark wie nie in der Zeit danach. Damals wurde im Jahresdurchschnitt ein Wachstum von über vier Prozent erreicht. Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmer am BIP, am gemeinsam Erarbeiteten, stieg auf einen Rekordwert von 71,4 Prozent.

Die von Peter Merseburger erwähnten Schwierigkeiten mit Finanz- beziehungsweise Finanz- und Wirtschaftsminister Alex Möller und Karl Schiller hatten andere Ursachen als die angeblich mangelnde Wirtschaftskompetenz Brandts. Es ging nicht um Konflikte zwischen den Ministern und dem Kanzler. Möller zum Beispiel wollte den umfangreichen Forderungen des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt nach Geld für die Hardthöhe zu Lasten des Bundeshaushalts nicht nachkommen. Als aufmerksamer Beobachter jener Zeit weiß Merseburger vermutlich, dass der rechte Flügel der SPD Willy Brandt von Anfang an bekämpft hatte und ihm das Leben als Bundeskanzler schwer machte – nach dem bis heute gültigen Motto: Wenn wir, wenn unsere Richtung nicht die Macht in der SPD hat, dann braucht die SPD auch nicht die Macht im Staat.

Die zitierten Darlegungen in den historischen Werken sind schlicht eine Wiedergabe dessen, was in den Medien zuvor an Meinung gemacht worden ist und dann weiter verbreitet wird⁴. Bei der Behauptung mangelnder Wirtschaftskompetenz ist sogar nachweisbar, welche Rolle der „Spiegel“ dabei spielte: Mit diesem Thema setzten sich der „Spiegel“ und sein Herausgeber Rudolf Augstein aus der vermeintlich allzu großen Nähe zu Willy Brandt ab. Es steckte also ein Motiv dahinter, das mit Brandts angeblicher Inkompetenz nichts zu tun hatte. Die Rolle von Herbert Wehner und Helmut Schmidt bei dieser Meinungsprägung und der damit verbundenen Demontage Willy Brandts ist von den Historikern noch nicht korrekt beschrieben. Stattdessen schreiben sie das allgemein Übliche, das sich dann als Wahrheit über Willy Brandt und seine Zeit verfestigt. Ein amüsanter neuer Beleg für das Abschreiben von Urteilen samt angeblichen Belegen findet sich in einem DOSSIERextra der „Zeit“ zu 60 Jahren Bundesrepublik.⁵ Der Publizist Robert Leicht schreibt dort, was Peter Merseburger sechs Jahre früher über die angebliche wirtschafts- und finanzpolitische Schwäche Willy Brandts zu vermitteln suchte:

„Und Helmut Schmidt rügte Brandts mangelnde Einsicht in die *necessità* der Wirtschafts- und Finanzpolitik. In der Tat: Ein Kanzler, der drei eminente Finanzminister (Alex Möller, Karl Schiller, Helmut Schmidt) nacheinander zur Verzweiflung treibt, macht irgendwas falsch.“

So werden sie weiter von einander abschreiben - mit fremden Wörtern aufgehübscht und damit Expertise vermittelnd, bis am Ende die Urteile in den Geschichtsbüchern richtig festsitzen. Im konkreten Fall bleibt nachzutragen, dass es Willy Brandts Pech war, schon 1992 gestorben zu sein und so die Meinungsmache über seine Zeit wesentlich weniger lange mitbestimmen zu können wie sein Nachfolger Helmut Schmidt.

3. Es wird in vielen Zeitungsspalten und Talkshows behauptet, die 68er seien schuld an der moralischen Misere und überhaupt an manchem deutschen Unglück. So wird die damalige Studenten- und Reformbewegung aus der Aktivseite der deutschen Geschichte hinauskomplimentiert, auf dass nur noch die Leistungen der konservativen Parteien und des konservativen Teils unserer Gesellschaft die Nachkriegszeit von 1945 bis heute bestimmen.

⁴ Eine der typischen Nachbetungen fand sich in einer Spiegelserie zu „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, Teil II, geschrieben von Jan Fleischhauer und Christoph Scheuermann, veröffentlicht in „Der Spiegel“ 8/2009: „Das innenpolitische Erbe Brandts ist eher kläglich, deshalb stellen seine Bewunderer später auch immer die Ostpolitik in den Vordergrund.“

⁵ Robert Leicht: *Der Kanzler-Test* in: „Die Zeit“ Nr. 19 vom 30.4.2009

Das wäre ein famoses Polster für die Zukunft und die Machterhaltung dieser heute weitgehend neoliberal geprägten Bewegung. Völlig verloren geht dabei, was uns die Politik der konservativen Kräfte in den fünfziger und den beginnenden sechziger Jahren an Verkrustungen und Fehlentwicklungen hinterlassen hat. Man müsste den 68ern Denkmäler setzen, weil sie mit anderen Kräften zusammen den Schutt und den Muff weggeräumt haben. Die konservativ gefärbten Historiker können das nicht richtig einordnen – auch deshalb nicht, weil die gängige Pauschalierung – *die 68er* – unterschlägt, welche vielfältige Bewegung das war. Manches kritische Etikett gilt für die einen zu Recht und für andere nicht. Das Ergebnis ist eine fatal schlechte Geschichtsschreibung zu dieser Periode deutscher Geschichte.

4. Es wurde und wird immer wieder erklärt, die Konjunkturprogramme Helmut Schmidts in den siebziger Jahren hätten nichts gebracht. Und siehe da, wir glauben das, obwohl dieselben Quellen und dieselben Institute, die heute das Scheitern bezeugen, damals den Erfolg der Konjunktur- und Investitionsprogramme, einschließlich des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP), belegt und gefeiert hatten. „Wachstumsprogramm verhindert Anstieg der Arbeitslosigkeit“, verlautbarte das ifo-Institut 1978. Zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) plädierte es in den achtziger Jahren sogar für ähnliche Programme zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.⁶ Es kam aber anders. Ende der Siebziger setzte die Propaganda gegen eine aktive Konjunktursteuerung ein, eine penetrante Meinungsmache gegen die Konjunkturprogramme in der Zeit von Bundeskanzler Schmidt. Die Aggressionen gegen diese makroökonomische Steuerung konnte ich mir damals nicht erklären. Ich fand es deplaziert, wider alle Fakten ständig im Fernsehen und in anderen Medien zu verkünden, Helmut Schmidts Konjunkturprogramme hätten nichts gebracht. Heute ist klar: Diese wirtschaftspolitische Linie sollte entsorgt werden. An ihre Stelle trat die Agitation zugunsten der neoliberalen Theorie und einer monetären Politik. Deshalb die Penetranz.

5. Es wird uns immer wieder erzählt, die siebziger Jahre hätten uns schwere Hypotheken hinterlassen – und siehe da: aus goldenen Jahren wird eine Periode, die nicht nur von den jungen Lesern der Geschichtsbücher, sondern auch schon von älteren Personen scheel angesehen wird.

Zur Versachlichung ein paar Zahlen:

Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt:

Kanzlerschaft Willy Brandt: 4,27 Prozent

Siebziger Jahre insgesamt: 3,26 Prozent

Kanzlerschaft Helmut Schmidt: 1,88 Prozent

Kanzlerschaft Helmut Kohl: 2,28 Prozent

Kanzlerschaft Gerhard Schröder: 1,26 Prozent

Arbeitslosenquote:

am Ende der Regierung Brandt: 2,3 Prozent

am Ende der Regierung Schmidt: 6,8 Prozent

am Ende der Regierung Kohl: 11,1 Prozent

am Ende der Regierung Schröder: 11,7 Prozent

Lohnquote:

(bereinigte Lohnquote Westdeutschland = Anteil der Arbeitnehmereinkommen am

BIP)

zu Beginn der Regierung Brandt: 66,9 Prozent

am Ende der Regierung Brandt: 71,4 Prozent

⁶ Dazu finden sich genauere Angaben in: *Die Reformlüge*, S. 197 ff.

am Ende der Regierung Schmidt: 69,8 Prozent
am Ende der Regierung Kohl: 65 Prozent
am Ende der Regierung Schröder: 63,5 Prozent
Regierung Angela Merkel 2007: 62,3 Prozent

Entwicklung der öffentlichen Schulden:

(Anteil am Bruttoinlandsprodukt, ab 1992 konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates)

Schuldenstand 1950: 19,2 Prozent

Schuldenstand 1955: 23,3 Prozent

Schuldenstand 1960: 18,7 Prozent

Schuldenstand 1968: 22,4 Prozent

Schuldenstand 1969 (Beginn Regierung Brandt): 20,3 Prozent

Schuldenstand 1974 (Ende Regierung Brandt): 19,6 Prozent

Schuldenstand 1982 (Ende Regierung Schmidt): 38,3 Prozent

Schuldenstand 1989 (Regierung Kohl – letztes Jahr vor der deutschen Vereinigung):
41,6 Prozent

Schuldenstand 1998 (Ende Regierung Kohl): 61,2 Prozent

Schuldenstand 2005 (Ende Regierung Schröder): 67,9 Prozent

In den Angriffen auf die siebziger Jahre wird vor allem insinuiert, die Staatsschulden von heute seien die Folgen von Brandts „inneren Reformen“. Diese Zahlen sprechen eine andere Sprache. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Regierung Kohl mit den Kosten der deutschen Vereinigung und die Regierung Schmidt mit der Last zweier Ölpreisexplosionen zu kämpfen hatten, bleibt eines: Die öffentliche Meinungsmache gegen Brandt und die siebziger Jahre hat mit der Realität wenig gemein. Bei Kohl ging der Schuldenstand kräftig nach oben: von 38,3 Prozent auf 61,2 Prozent. Und die großen „Sparkommissare“ Eichel und Schröder haben noch einmal zugelegt.

Historiker prägen die offiziöse Geschichte sehr viel weniger als die Publizisten und Medien, die die Meinung einflussreicher Zeitgenossen transportieren. Geschichte wird von denen geschrieben, die die Meinungsmacht haben. Die Deutungshoheit nicht nur zu aktuellen Fragen und Problemen, sondern auch für den Rückblick auf vergangene Zeiten und deren Hintergründe liegt bei den Meinungsmachern. Selbstverständlich gibt es Historiker, die sich um ein unabhängiges Urteil bemühen, aber auch sie sind abhängig von den zeitgeschichtlichen Interpretationen und diese sind geprägt von der herrschenden Meinung.

Diese Einschätzung lässt sich vielfach belegen. Auch zur Agenda 2010, zu den Lohnnebenkosten, zum angeblichen Versagen von Keynes⁷, zur Ursache der Staatsschulden und so weiter wird sich in den Geschichtsbüchern die herrschende Lehre niederschlagen. Dass das „Große Geld“ durch massiven Einsatz von Geld und Propaganda Anfang der siebziger Jahre den Regierungswechsel von 1969 zu korrigieren versuchte, kommt in den historischen Werken allenfalls am Rande vor. Es sind die großen Interessen, die die Meinung bestimmen und die Geschichtsschreibung prägen.

Nachtrag: Eines ist sicher, die Ostdeutschen schreiben die Geschichte ihres früheren Landes und die Geschichte der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands *nicht*. Das besorgen die Meinungsführer im Westen. Die Botschaften sind klar: Die DDR war rundum

⁷ John Maynard Keynes war ein britischer Mathematiker und Ökonom mit großem Einfluss auf die praktische Wirtschaftspolitik von den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute, allerdings in den letzten Jahren unterbrochen durch die Vorherrschaft der neoliberalen Theorie. Die entscheidende Erkenntnis von Keynes: In einer Marktwirtschaft stellt sich Vollbeschäftigung nicht automatisch durch die Kräfte des Marktes ein. Es sind fiskalpolitische und geldpolitische Maßnahmen nötig, um die Nachfrage zu stärken oder auch zu dämpfen - je nach Lage der Konjunktur.

marode und die meisten Betriebe waren nicht zu retten. In den Geschichtsbüchern wird nicht stehen, wie systematisch und zielführend die Betriebe im Osten abgewickelt worden sind; es wird nicht zu lesen sein, dass die ostdeutschen Banken für ein Trinkgeld an die westdeutschen verramscht wurden⁸; es wird schon gar nicht heißen, dass Westdeutsche und Ausländer den Ostdeutschen ihre geringen Vermögen weggenommen haben und im Gegenzug viel zu oft die zweite Garnitur von Beamten nach Osten verschickten. Auch über die Verbrüderung mancher westdeutschen Eliten vom Typ Strauss (CSU) und Schröder (SPD) mit ostdeutschen Führungskräften wird man in den Geschichtsbüchern wenig lesen. Ich habe noch im Ohr, wie mehrere Minister am Kabinetttisch der Regierung Schmidt ungefähr zehn Jahre vor dem Fall der Mauer von einer Begegnung mit dem SED-Wirtschaftsexperten und Staatsratsmitglied der DDR, Günter Mittag und dessen Qualitäten schwärmten. Das alles ist heute natürlich nicht mehr wahr, weil es nicht in die Meinungslage passt und damit auch nicht in die Annalen der Geschichte.

Die Geschichtsschreibung zum Vereinigungsprozess wird sich vermutlich auch nicht darum kümmern, welche Rolle die Meinungsmache im Prozess selbst gespielt hat. Wie zum Beispiel aus dem Slogan der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Wir sind das Volk“ über Nacht der Slogan „Wir sind ein Volk“ wurde und welche Kräfte mit welchen werblichen und finanziellen Mitteln diese entscheidende Umorientierung bewirkt haben, wird sich vermutlich in den Geschichtsbüchern nicht breit und damit nicht gebührend niederschlagen.

⁸ Siehe Bericht des Berliner Tagesspiegels vom 1.7.2005

